

Pr-5/2009

ZVEI-Berlin: Konjunkturprogramm II: Startschuss für Investitionen in energie-intelligente Technologien

Berlin/Frankfurt am Main, 16. Januar 2009 – Berlin erhält aus dem Bund-Länder-Investitionsprogramm für 2009 und 2010 insgesamt 632 Millionen Euro zusätzlich. Diese Summe entspricht rund der Hälfte der regulären jährlichen Investitionen. Brandenburg stehen nach Kofinanzierung rund 460 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung. Die ZVEI-Landesstelle Berlin fordert, die Investitionen in energie-intelligente Technologien und die energetische Sanierung der Straßen- und Gebäudebeleuchtung nun zügig voranzubringen. Sie dienen ökologischen Zielsetzungen entlasten damit zugleich mittelfristig die Haushalte.

Der Stromverbrauch für die Beleuchtung von Straßen, Plätzen, Verwaltungsgebäuden, Schulen und Krankenhäusern macht etwa die Hälfte des gesamten Verbrauchs der Kommunen aus. „Allein die Erneuerung der Straßenbeleuchtung bietet schnelle Einsparpotenziale, die den Regionen und ihren Bürgern sofort zu Gute kommen. Das Einsparpotenzial in beiden Ländern liegt bei ca. 110 Mio kWh in Berlin, 80 Mio kWh in Brandenburg, so Ulrich Misgeld, Vorstandsvorsitzender der ZVEI-Landesstelle Berlin.

Der ZVEI - Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie begrüßt deshalb, dass mit dem Konjunkturpaket der Bundesregierung mehr Geld für Infrastrukturvorhaben aufgewendet wird. Der Fokus ist dabei besonders auf energie-effiziente Produkte und Technologien zu legen. Sinnvoll sei zudem der geplante Ausbau des Breitbandnetzes. Es solle, so der ZVEI, so viel wie möglich noch in diesem Jahr investiert werden, um der Wirtschaft einen starken Impuls zu geben. Ferner solle

die Bundesregierung die steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen einführen.

Der ZVEI plädiert dafür, die nachhaltige Entlastung der Bürger im Steuerrecht und bei den Sozialabgaben nicht in mehreren Schritten wie geplant, sondern in einem Schritt einzuführen, um eine möglichst große Wirkung beim Konsum zu erzielen. Deshalb sollte auch die Absetzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherungskosten auf dieses Jahr vorgezogen werden.

Der Verband unterstützt ferner den Beschluss der Bundesregierung, die Kreditversorgung der Unternehmen sichern zu helfen. Dabei sei allerdings darauf zu achten, dass der Wettbewerb nicht verzerrt werde.

Ansprechpartner für die Presse: F. Rainer Bechtold, Fon: 069 6302-255